

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
Herr Ad. Schles, Hofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Ollo Liekki, in Siema
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
F. Hassfeld in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Mr. 640

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zweimal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Dienstag, 12. September.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Herr. Posse, Haasenstein & Vogler & C.
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
F. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate, die schmalen Seitenflächen über deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an beworbenen
Stellen entweder höher, werden in der Expedition für die
Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutschland.
○ Berlin, 11. Sept. Im Allgemeinen wird die drohende Einführung der Tabakfabrikatlaste einer meist vom Standpunkt der Tabak-Interessenten aus bekämpft und so berechtigt es auch ist, daß diese — sowohl Fabrikanten und Händler als auch die Arbeiter — mit Entschiedenheit gegen Projekte auftreten, welche ihre wirtschaftliche Existenz bedrohen, so möge man doch auch einmal den Rauchern das Wort gönnen, von denen die Mehrzahl vielleicht ebenso hart, wenn auch nicht in ihrer Existenz, so doch in ihrem Wohlbefinden durch die neue Steuer getroffen werden würden. Wir haben in Deutschland rund 50 Millionen Einwohner, unter denen — wir seien von den rauchenden Frauen ganz ab — rund 25 Millionen Männer sind. Von diesen sind rund 13 Millionen über 20 Jahr alt und nehmen wir nur an, daß davon die Hälfte raucht, so haben wir in Deutschland 6½ Millionen Raucher. Diese Zahl ist gewiß zu niedrig gegriffen, denn die jungen Leute fangen meist lange vor dem zwanzigsten Jahre an zu rauchen; aber 6½ Millionen Interessenten, denen ein nothwendiger, sozusagen zum Bedürfnis gewordener Genuss vertheuert werden soll, ist doch auch eine ganz hübsche Zahl, welche gewiß verdient, von der Gesetzgebung berücksichtigt zu werden. Unter diesen 6½ Mill. Rauchern befindet sich aber wahrscheinlich kaum mehr als eine halbe Million, für welche eine Vertheuerung durch die Fabrikatsteuer gleichgültig ist, für die übrigen sechs Millionen spielt der Pfennig, um welchen ihre Zigarette oder der halbe Pfennig, um welchen ihre Pfeife vertheuert wird, eine große Rolle. Sie werden dadurch theilweise gezwungen werden, täglich eine Zigarette oder eine Pfeife weniger zu rauchen, theilweise werden sie aber auch das Rauchen ganz aufgeben. Es ist nun leicht gesagt, daß sie dabei ja nur Geld sparen würden, das ihnen also die neue Steuer nützlich sein würde: für Millionen von unseren Arbeitern ist die Zigarette oder die Pfeife der einzige Genuss, den sie in ihrem einsförmigen Leben haben und es müßte als eine Grausamkeit bezeichnet werden, wenn man ihnen diesen Genuss vertheuern, vielleicht unmöglich machen würde. Statt uns Rauchern den Tabak um 50 Millionen zu vertheuern, möge der Staat die 40 Millionen Liebesgabe an die Spiritusbrenner einziehen; nachher wird sich über andere Steuern reden lassen.

— Gegenüber vielfachen irrthümlichen und Missverständnissen erzeugenden Mitteilungen über einen Beirath, welcher als weitere Instanz für die bei den deutsch-russischen Verhandlungen hervortretenden Fragen gebildet werden soll, weiß der „Hamb. Corr.“ auf Grund zuverlässiger Erfundlungen folgendes zu berichten: Der Beirath wird sich als eine im Reichsamt des Innern ad hoc gebildete Kommission darstellen, in der zunächst die Ressorts und die Bundesregierungen vertreten sind, und die zur Unterstützung bei Wahrnehmung der Gesamtinteressen dient. Dabei ist die Möglichkeit ins Auge gefaßt, in dem Beirath die Vertrauenspersonen und Sachverständige der einzelnen Interessentenreise — aus Landwirtschaft, Handels- und Handel — zu hören. Wie sich hieraus ergiebt, bietet sich kein Anhalt für die Annahme, daß in dem Beirath die wirtschaftlichen Interessen einseitig vertreten sein würden.

— Abg. Eugen Richter hielt am Sonntag im Wintergarten in Berlin vor Wahlmännern und Wählern der Freifinnigen Volkspartei aus dem 1. Berliner Landtagswahlkreis einen Vortrag über die Bedeutung der Landtagswahlen. Der Redner, von der Versammlung lebhaft begrüßt, führte nach dem Bericht der „Frei. Blt.“ in seinem Vortrag besonders aus, welche Bedeutung Fragen der preußischen Landesgesetzgebung und des preußischen Staatshaushaltsetats gerade für die Stadt Berlin hätten. Redner erinnerte an die Erörterung des Ententeichprojektes. Dieselbe habe dargehabt, von welcher Bedeutung es sei, daß im Abgeordnetenhaus Männer seien, die rücksichtslos und unabhängig in jeder Beziehung Schäden in der Verwaltung aufdecken und entschieden liberale Ansichten zum Ausdruck brächten. Weiterhin erörterte Redner die Wirkungen des neuen Polizei-Loftengesetzes namentlich für Berlin. Die Konservativen und Nationalliberalen hätten diesem Gesetz zugestimmt. Eine weitere Ausführung galt der Bedeutung, welche die neue Wahlperiode für Berlin haben könne in Betreff des Spezialgesetzes über die Einverleibung der Vororte in Berlin. Insbesondere knüpften sich an dieses Gesetz Befürchtungen wegen einer weiteren Einschränkung des bisherigen bescheidenen Maßes der Selbstverwaltung für Berlin. Wie man nicht geneigt sei, der Stadt Berlin, was Recht ist, zuzuerkennen, das beweise die Eintheilung der Wahlkreise in Berlin. Berlin habe mehr Einwohner als die Provinzen Westpreußen, Pommern und Hessen-Nassau, und doch hätten jene Provinzen 20, 24 resp. 26 Abgeordnete, Berlin dagegen nur 9. Dagegen aber sei man bestrebt, der Stadt Berlin immer größere Lasten aufzuerlegen, das beweise u. a. das neuerdings hervorgebrachte alte Gesetz vom Jahre 1573 bezüglich der Kirchenbauten. Schon werde geplant, an Stelle der alten Ordnung von 1573 ein neues Ausnahmengesetz für Berlin zu schaffen, welches der Kommune Berlin besondere Verpflichtungen auferlegen soll in Betreff der Kirchenbauten. Es existiere in Berlin überhaupt jetzt ein wahrer Fanatismus, Kirchen zu bauen, und man sieht sich nicht einmal, Andersgläubige zu diesen Bauten heranzuziehen. Auf die Frage des Volkschulwesens eingehend, wies Redner nach, daß Berlin andern Städten gegenüber auf diesem Gebiete benachtheilt werde. Die Steuerlast steige mit jedem Jahre und trotzdem sei für dringende Kulturbes-

dürfnisse kein Geld vorhanden. Nur für kriegerische, Militär- und Marinezwecke sei stets Geld da. Die abgelaufene Landtagssession habe auf dem Gebiete des Verkehrs- und des Eisenbahns wesentlich keine wesentliche Reform zu verzeichnen, wohl aber auf dem Gebiete des direkten Steuerwesens. Die freifinnige Partei habe dieser Reform nicht zugestimmt, theils aus finanzpolitischen, theils aus allgemeinen politischen Gründen, theils aber auch aus Gründen, die in den Steuergesetzen selbst liegen, u. a. auch wegen der zuweitgehenden Inquisitionsbefugnisse, welche die Verwaltungsbehörden gegeben sind. Die Partei habe auch den Gesetzen nicht zugestimmt, weil das jährliche Steuerbewilligungrecht nicht gewährt worden und namentlich, weil das Wahlgesetz das an sich schlechte Dreiklassen-Wahlgesetz, welches Fürst Bismarck das elendste aller Wahlgesetze genannt habe, noch verschlechtert. Im Einzelnen erörterte Abg. Richter diese Folgen bei der Ergebniswahl, welche 1892 gerade im ersten Berliner Landtagswahlbezirk stattgefunden habe. Redner erwähnte auch der Forderung einer Verkürzung des Wahlreglements durch Erweiterung der Wahlzeit. In jedem Falle müsse die Gemeindedehörde an Stelle der bisher immer auf 9 Uhr festgelegten Wahlstunde eine mehr in die Mittagszeit gelegte Wahlstunde im Interesse einer stärkeren Wahlbeteiligung festsetzen. Sollte bei den Landtagswahlen das ohnehin schwache liberale Element im Abgeordnetenhaus noch weiter zurückgedrängt werden, so würde dies auch von ungünstigstem Einfluß auf die bevorstehenden Reichstagssitzungen haben. Auf der Ausfall der Reichstagssitzungen schon Schädigungen herbeigeführt durch den Krieg mit Russland, zu welchem die verstärkte Agrarpartei hingezogen habe. Außerdem habe man sofort den Umfang der Fortbewegungen an neuen Wählern verdoppelt. Mit Entschiedenheit erklärte sich Redner gegen das Projekt der neuen Tabakfabrikatsteuer. Die Freifinnige Volkspartei werde im Reichstag wie im Landtage ihre Schuldigkeit thun und die Interessen der Stadt Berlin vertreten, soweit sich dies mit den allgemeinen Interessen verbinden lässe. Es sei die Pflicht der Freifinnigen Volkspartei, mit aller Energie in den Wahlkampf einzutreten, der, das dürfe man sich nicht verhehlen, gewiß nicht leicht sein werde.

— In Dresden ist der Bankdirektor o. D. Ernst Berg, der Schwiegervater des Staatsministers v. Voetticher, nach langem Leid gestorben. Herr v. Voetticher hatte sich aus der Schweiz, wo er seinen Urlaub zugebracht, nach Dresden begeben.

* Gotha, 10. Sept. Mit dem Regierungsantritt

des neuen Herzogs hatte man allgemein auf einen umfassenden Gnadenrlaß gerechnet. Wenn nun auch dieser

nicht in dem erwarteten Umfange eingetreten ist, so hat man es doch allerseits mit Freuden begrüßt, daß der Herzog Alfred die Entschließung gefasst hat, alle Strafen, die von den Amtsgerichten

der Herzogthümer Coburg und Gotha wegen Forstdiebstahls an

Schwein, Wild, Vaub und Walde rechtskräftig ausgesprochen

und noch nicht oder nur zum Theil vollstreckt worden sind, zu

erlassen und niederschlagen. Gerade die auffallend intolerante

Handhabung der Forstdiebstahl gehörte zu den am unangenehmsten

empfundenen Mißständen des früheren Regimes, und daß gerade

hierin die bessernde Hand angelegt wird, beweist, daß entweder der

neue Herzog ein besserer Kenner der Verhältnisse im Lande ist als

man gemeintlich annimmt, oder Jessand zur Seite hat, der ihm

reinen Wein einschenkt. Das zeigt sich auch darin, daß man

anfängt, unter dem kolossalen Wildbestand, namentlich

den Hirschen, tüchtig aufzuräumen. Nach der lebhaften

Gothaische Landtag hatte mit Bezug hierauf einen Antrag an-

genommen, der lautete: „Der Landtag erwartet, daß das Herzog-

Staatsministerium in Gemäßigkeit der in der Kommissionssitzung

abgegebenen Erklärung auf eine baldige und erhebliche Ver-

minderung des Hochwildes in den Domänenwaldungen hinwirken

werde.“ Aber so lange Herzog Ernst lebte, hätte der Landtag noch

lange „warten“ können, gestattete der Herzog doch nicht einmal, daß

in seinen Jagdgebieten irgend welche Bezeichnungen an Bäumen

angebracht wurden, durch die den Touristen die Zurechtfindung im

Walde erleichtert werden konnte. Und weil der Zustrom von

Fremden, auf die ein großer Theil des Herzogthums angewiesen ist,

dem Wildstand nicht vortheilhaft ist, so wurde sogar die Erlaubnis

zu Wildmarktrungen mit Harpe, wie sie in allen übrigen Thüringischen

Staaten zu finden ist, trotz mehrfacher Gesuche des Thüringer

Baldvereins versagt. Jetzt hofft man, daß auch hierin eine Besserung eintreten, und mehr Rücksicht auf die Bevölkerung als auf die Hirsche

genommen werden.

— Abg. Eugen Richter hielt am Sonntag im Wintergarten in Berlin vor Wahlmännern und Wählern der Freifinnigen Volkspartei aus dem 1. Berliner Landtagswahlkreis einen Vortrag über die Bedeutung der Landtagswahlen. Der Redner, von der Versammlung lebhaft begrüßt, führte nach dem Bericht der „Frei. Blt.“ in seinem Vortrag besonders aus, welche Bedeutung Fragen der preußischen Landesgesetzgebung und des preußischen Staatshaushaltsetats gerade für die Stadt Berlin hätten. Redner erinnerte an die Erörterung des Ententeichprojektes. Dieselbe habe dargehabt, von welcher Bedeutung es sei, daß im Abgeordnetenhaus Männer seien, die rücksichtslos und unabhängig in jeder Beziehung Schäden in der Verwaltung aufdecken und entschieden liberale Ansichten zum Ausdruck brächten. Weiterhin erörterte Redner die Wirkungen des neuen Polizei-Loftengesetzes namentlich für Berlin. Die Konservativen und Nationalliberalen hätten diesem Gesetz zugestimmt. Eine weitere Ausführung galt der Bedeutung, welche die neue Wahlperiode für Berlin haben könne in Betreff des Spezialgesetzes über die Einverleibung der Vororte in Berlin. Insbesondere knüpften sich an dieses Gesetz Befürchtungen wegen einer weiteren Einschränkung des bisherigen bescheidenen Maßes der Selbstverwaltung für Berlin. Wie man nicht geneigt sei, der Stadt Berlin, was Recht ist, zuzuerkennen, das beweise die Eintheilung der Wahlkreise in Berlin. Berlin habe mehr Einwohner als die Provinzen Westpreußen, Pommern und Hessen-Nassau, und doch hätten jene Provinzen 20, 24 resp. 26 Abgeordnete, Berlin dagegen nur 9. Dagegen aber sei man bestrebt, der Stadt Berlin immer größere Lasten aufzuerlegen, das beweise u. a. das alte Gesetz vom Jahre 1573 bezüglich der Kirchenbauten. Schon werde geplant, an Stelle der alten Ordnung von 1573 ein neues Ausnahmengesetz für Berlin zu schaffen, welches der Kommune Berlin besondere Verpflichtungen auferlegen soll in Betreff der Kirchenbauten. Es existiere in Berlin überhaupt jetzt ein wahrer Fanatismus, Kirchen zu bauen, und man sieht sich nicht einmal, Andersgläubige zu diesen Bauten heranzuziehen. Auf die Frage des Volkschulwesens eingehend, wies Redner nach, daß Berlin andern Städten gegenüber auf diesem Gebiete benachtheilt werde. Die Steuerlast steige mit jedem Jahre und trotzdem sei für dringende Kulturbes-

gleichfalls bei einer Prügelei das Messer gebraucht hatte. Konfiszirt wurden gestern auf dem Wochenmarkt auf dem Sophieplatz eine Anzahl fauler Eier, 3 Kilo gr. Birnen und eine Menge madiger Pilze. — Nach dem itädtischen Krankenhaus geschafft wurde eine Obsthändlerin, welche vom Wagen gefallen war und sich dabei die linke Hüfte verletzt hatte.

Standesamt der Stadt Posen.

Am 11. September wurden gemeldet:

Aufgebot.

Bimmermann Janaz Kalprak mit Stanislaw Soltysek-Maschinenschlosser Edmund Lascic mit Elisabeth Credzinska-Uhrmacher Thomas Jacholski mit Marianna Boleska.

Eheschließungen

Fabrikleiter Hugo Döck mit Maria Greifowska.

Geburten.

Ein Sohn: Schuhmacher Rudolf Tucholske, Schuhmacher Franz Kowalski, Arbeiter Stefan Szypczak, Arbeiter Michael Szalata, Schlosser Robert Seidler, Arbeiter Stanislaus Soltysek, Schuhmacher Adam Augustin, Schneider Adam Kocyzynski, Tischler Paul Heine, former Mieczlaus Beziers, Andreas Nowacki, Schuhmacher Nikolaus Bedrynski.

Sterbefälle.

Alfons Tucholske 4 Std. Georg Seidlik 4 Mon. Wittwe Antonie Heselheim 82 Jahre. Kurt Beiser 1 Jahr. Johann Skrzypczak 1 Tag.

Angekommene Fremde.

Posen, 12 September

Mylus Hotel de Dresden (Fritz Bremes). Fernsprech-Anschluß Nr. 161 Rittergutsbes. Gr. f. Tyszkiewicz mit Gattin und Bedienung o. Pawlowo, Bezirks-Richter v. Gorski a. Jaroslaw (Galizien), die Rechtsanwälte Balewski mit Gattin und Dr. Au mit Familie o. Warszaw, Angleur Birnbaum a. Berlin, Fabrikant Pantel o. Glogau, Professor Semenowitsch mit Frau o. Kolberg, die Kaufl. Henn a. Kulmbach, Jaffe a. Bolen, Wolff o. Breslau, Würzburg a. Berlin, Garve o. Neusalz o. O. und Breitling a. Bielefeld.

Hotel de Rome — Westph. — (Fernsprech-Anschluß Nr. 103) Die Kaufleute Sieklen, Mühl, Schläter und Schmidt o. Hamburg, Rödenbeck, Sarstadt und Dörschler o. Berlin, Haverburg o. Berlin, Frau Rittergutsbes. Opitz o. Lomnik, kgl. Amtspächter Kieltinghaus o. Gr. Chocieza, Bierwarter Cyrulewski o. Russ.-Polen, Dr. phil. Ingenieur Müllendorff o. Berlin.

Hotel Victoria. (Fernsprech-Anschluß Nr. 84) Die Rechtsanwälte und Notar Szczesniak o. Budowitz u. Baczkowski o. Krakau, Gutshäuser v. Garczynski o. Michalin, die Bröder Tesmer o. Kosztowo, Biakowski o. Biak und Tucholski o. Starbuszewo, Rittergutsbesitzer Graf Garnecki o. Rakow.

Hotel de Berlin. Die Rittergutsbesitzer Gablocki a. Dombrowska u. v. Donimirski a. Lysomice, Amtsrichter Bulinski a. Jablonowo, Frau v. Czorlinska o. Bielawy, Cand. jur. Hebanowski o. Grecz, Kaufmann Rybicki o. Berlin, Rechtsanwalt Bowilecki o. Polen, Gratzitz Hotel Deutsches Haus (vormals Langensiebold) Die Kaufleute Kienavskl a. Berlin u. Longowski a. Leipzig, Präf. v. Steimski a. Warszaw, Rechtsanwalt Dr. Münn a. Jaroslaw, Biertrauer Ganicz a. Gostyń.

Streiters Hotel. Arzt Loh-Laurace a. Frankfurt a. M., Oberärztin Krause o. Berlin, die Kaufleute Oborski a. Dresden und Neumann o. Berlin, Apotheker Billmann o. Goslar, Reisender Bimmermann o. Bonn a. Rh.

Tasodor Jahn's Hotel Karni. Die Kaufleute Krakowowski und Rosenzweig o. Berlin und Joseph a. Würzburg, Rechtsanwalt Dr. Gradowksi mit Frau a. Niedenburg, Direktor Venzen a. Köln, Gutshäuser Heinrich o. Maslowo, Bauunternehmer Müller aus Stettin, Eisenbahnbeamter Baurell a. Warszaw.

Handel und Verkehr.

W. Posen, 12. Sept. [Original-Wollbericht] Im ständigen Wollgeschäft ist immer noch keine größere Regsamkeit wahrzunehmen. Der Besuch auswärtiger Einläufer war während der letzten 14 Tage wieder ein ganz geringer. Es wurde von den besseren Stoff- und Tuchwollen Mehreres verkauft. Von Schurwolle erwarb ein Großhändler aus der Provinz Schlesien mehrere hundert Zentner zu über Mitte der vierzig Mark. In der Provinz soll Einiges von den besseren Tuchwollen an Fabrikanten zu uns unbekannten Preisen verkauft worden sein. Man ist allgemein der Ansicht, daß sich das Geschäft in nächster Zeit beleben wird, da viele Fabrikanten ihre Wollvorräte zum Theil verarbeitet haben. Der Grandton kann als durchaus fest bezeichnet werden. Das hiesige Lager ist z

